

341/2005

Stuttgart, den 24.11.05

Landesregierung muss Farbe bekennen

Grüne verlangen Widerstand der Landesregierung gegen Kürzung der Bundesmittel für den öffentlichen Verkehr

Die Pläne der Bundesregierung zur Kürzung der Regionalisierungsmittel sind für den verkehrspolitischen Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer eine Katastrophe für den Klimaschutz und den Nahverkehr in Baden-Württemberg: „Wenn die große Koalition ihre Pläne durchsetzt, werden Bus und Bahn im Land viel seltener fahren und drastisch teurer. Da zeitgleich die Ausgaben für den Straßenbau deutlich steigen sollen, heißt das: Vorfahrt für Brummi und Auto, Schluss mit Klimaschutz im Verkehr.“

Die große Koalition hat einen Plan der Spitzenpolitiker Roland Koch und Per Steinbrück aus dem Jahr 2003 zum Subventionsabbau wieder aufgegriffen. Die damals beide als Ministerpräsidenten agierenden Vorreiter der großen Koalition hatten vorgeschlagen, die Regionalisierungsmittel in drei Schritten von 4% um insgesamt 12% zu kürzen. Dies war am Widerstand der grünen Bundestagsfraktion gescheitert und auf eine einmalige Kürzung um 2% nur für das Jahr 2004 begrenzt worden.

Die große Koalition plant nun offenbar eine Kürzung der Regionalisierungsmittel um drei mal 5%. Für Baden-Württemberg würde dies bedeuten: Die Bundesmittel für Bus und Bahn sinken von 754 Mio. € im Jahr 2006 auf 640 Mio. €. Um diesen Betrag einzusparen müsste beispielsweise jede vierte Fahrt im Schienenverkehr des Landes gestrichen

werden. Selbst die etwas freundlichere Interpretation der unklaren Zahlen aus Berlin würde für Baden-Württemberg immer noch den Verlust von 75 Mio. € bedeuten. Palmer: „Die Kürzungspläne der Bundesregierung würden sämtliche Erfolge in der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs der letzten zehn Jahre in kürzester Zeit zerstören.“

Die Grünen im Landtag haben deshalb heute einen Fraktionsantrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die zustimmungspflichtigen Kürzungen der Regionalisierungsmittel im Bundesrat zu verhindern. Palmer: „Als Rot-Grün noch regiert hat, hieß es von der Landesregierung personifiziert durch Stefan Mappus stets, der Bund gebe zu wenig Geld für den öffentlichen Nahverkehr. Jetzt muss sich zeigen, ob die Landesregierung sich auch bei einer Regierung unter Beteiligung der Union für den öffentlichen Verkehr einsetzt.“

Palmer verwies darauf, dass die bayrische Staatsregierung bereits Widerstand gegen die Kürzungspläne angekündigt habe: „Wir fordern die Landesregierung auf, gemeinsam mit Bayern eine Ablehnung der Kürzungspläne im Bundesrat zu organisieren.“

Im Antrag an die Landesregierung fordert Palmer auch eine Analyse der Folgen der Kürzungspläne für den geplanten Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Land. Nach Palmers Einschätzung würden sie den Stopp aller Ausbauprojekte einschließlich Stuttgart 21 verlangen: „Nach der bisherigen Finanzplanung hat Stuttgart 21 die Hälfte aller zur Verfügung stehenden Investitionsmittel für zehn Jahre benötigt. Mit den Kürzungen reicht das Geld nicht einmal mehr für den Landesanteil an Stuttgart 21.“

Insgesamt sieht Palmer allerdings schwarz für den Nahverkehr: „Es zeigt sich nun, dass Schwarz-Rot in der Verkehrspolitik eine große Koalition gegen die Umwelt ist: Vier Milliarden Euro mehr für Straßenbau, zwei Milliarden Euro weniger für den Nahverkehr, so sieht Klimaschutz aus, wenn die Grünen in keiner Regierung sind. Wo ist der Einfluss der Ökologen in der SPD?“